

Wegweiser in die Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen stehen vor der Vernichtung, aber die Rebellion dagegen hat begonnen.

Auszug aus dem Buch „Das Sterben der anderen“, mit neuem Intro
Von Dr. Tanja Busse

Der Weltbiodiversitätsrat IPBES warnt: Eine Million Arten sind in den nächsten Jahren vom Aussterben bedroht. Wir riskieren den Zusammenbruch ganzer Ökosysteme - und neue Pandemien, wenn wir nicht anders mit unseren Lebensräumen umgehen. Es ist noch neu, dass Nachrichten wie diese Schlagzeilen machen, aber die Gefahr selbst ist lange bekannt. Seit der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro, Brasilien, haben Politiker*innen auf allen Ebenen immer wieder die Bedeutung der Biodiversität betont und Strategien und Ziele zu ihrer Rettung formuliert, so beispielsweise im Internationalen Übereinkommen zur biologischen Vielfalt (CBD) und den globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs). Doch noch immer fehlt der politische Wille zum wirkungsvollen Vollzug. Alle Abkommen teilen die Einsicht, dass wir schnell handeln und Grundlegendes ändern müssen. Doch unser politisches System ist bislang offensichtlich noch nicht in der Lage, Krisen dieser Tragweite zu lösen. Das muss sich ändern. Der Druck der neuen Protestbewegungen Fridays for Future und Extinction Rebellion könnte dabei helfen.

Die Journalistin Ute Scheub, die seit Jahren über die Wege zu einer nachhaltigeren Welt schreibt, kritisiert den Umgang der Medien mit der ökologischen Krise. In einem Kommentar der Tageszeitung taz lobte sie die jungen Klimastreikenden, weil sie gegen das gigantische Politikversagen protestieren, und kritisierte die spärliche Berichterstattung über diesen Aufbruch.¹ 1,6 Millionen junge Menschen in 123 Ländern der Welt haben protestiert, doch das sei gar nicht genug gewürdigt worden. Der Aufbruch so vieler junger Menschen ist in den Medien einfach untergegangen, weil so viel über einen Terroranschlag in Neuseeland geschrieben wurde. Ute Scheub stellt die Frage: „Weshalb wird ein einzelner Menschenfeind mit weit mehr Aufmerksamkeit belohnt als Millionen Jugendliche, die um ihre Zukunft bangen?“ Und sie gibt eine Antwort, die in alle Zeitungsredaktionen und Parteizentralen in Großbuchstaben an die Wände gehängt werden muss: „Der Subtext der Medien lautete: Wir nehmen euch nicht ernst, solange ihr keine Steine und Bomben schmeißt.“ Genau das ist ja auch der Subtext einer Politik, die über Jahre hinweg ihre selbstgesetzten Umwelt- und Klimaziele verfehlt und mit neuer Frist erneut auf die Agenda setzt, ohne sich die Mühe zu machen, aus dem Scheitern ernsthafte Konsequenzen zu ziehen. Wer so handelt, erklärt einer engagierten Zivilgesellschaft: Wir nehmen euch nicht ernst! Und alle eure Aktionen, Demonstrationen, Petitionen und Positionspapiere auch nicht! Schon lange bevor der Youtuber Rezo beklagt hat, dass die „fucking Bundesregierung“ ihre Ziele verfehlt, haben Vertreter*innen von Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen, aus der Wissenschaft und auch dem Journalismus darauf unzählige Male freundlich hingewiesen. Mit unendlicher Geduld haben sie immer neue Risiken und Fehlentwicklungen dokumentiert, mit ebenso großer Sorgfalt Vorschläge und Alternativen entwickelt und gezeigt, wie es anders ginge. Und besser. Doch all das hat nicht mehr als winzige Erfolge gebracht - gemessen an der Reichweite der Bedrohung. Die Botschaft ist: Wir nehmen euch nicht ernst. Und das ist wirklich gefährlich.

Was aber ist zu tun, um die biologische Vielfalt zu retten - und uns vor dem Untergang?

Der britische Autor und Guardian-Kolumnist Georg Monbiot hat in seinem Buch „Out of the wreckage“ (Heraus aus den Trümmern)

geschrieben: „Verzweiflung ist der Zustand, in den wir fallen, wenn unsere Vorstellungskraft versagt.“² Um aus dem Chaos, in das wir uns gestürzt haben, wieder herauszukommen, brauchen wir nach Monbiot zuallererst eine gute Erzählung, eine mit der wir durch die Gegenwart navigieren und die uns in die Zukunft führt. Wir brauchen eine neue Geschichte, weil die alten nicht mehr taugen, vor allem nicht die neoliberale Geschichte vom heroischen Unternehmertum, das die Kräfte der freien Märkte mobilisiert, um der Welt Freiheit und Wohlstand zu bringen.³ Diese Geschichte hat uns ein ökonomisches System beschert, in dem alles einen Preis hat, aber nichts einen Wert. Und ein politisches System, das Wirtschaftswachstum über alles stellt, unabhängig davon, ob es den Menschen nützt oder nicht.⁴ Die amerikanische Philosophin und Zoologin Donna Haraway hat eine solche neue Geschichte entwickelt. Sie handelt davon, dass wir das zerstörerische Anthropozän mit seinen anmaßenden menschlichen Weltherrschern verlassen sollten, um ins Chthuluzän aufzubrechen, ins Zeitalter des artenübergreifenden Miteinanders. George Monbiot schwebt etwas Ähnliches vor, auch wenn er andere Worte benutzt: Er entwirft die Geschichte einer einzigartigen Spezies, deren Fähigkeit zum Altruismus im ganzen Tierreich unübertroffen ist. Doch diese bemerkenswerten Eigenschaften wurden durch eine Ideologie des extremen Individualismus und des Wettbewerbs unterdrückt. Deshalb fühlen sich so viele Menschen entfremdet und vereinsamt. Aber daraus sollten wir uns jetzt befreien und uns daran machen, gemeinsam, in gemeinsamer Verantwortung eine bessere Welt zu gestalten.⁵

Das kann nur gelingen, wenn auch die Medien diese Geschichten verbreiten. Wir brauchen dringend, fordert Ute Scheub in der taz. Der Journalismus müsste endlich mit dem dummen Prinzip „Bad news are good news“ brechen. „Wie wäre es“, schlägt sie vor, „wenn statt der Minderheitenshow des Börsenberichts - nur etwa 5 Prozent der Deutschen besitzen Aktien - jeden Tag um 19:50 Uhr eine ökosoziale Erfolgsgeschichte gesendet würde?“ Das wäre mal ein Anfang.

Wir Journalist*innen sollen nicht nur schreiben, was nicht geht, sondern auch was schon geht.⁶

Ute Scheub hat recht und George Monbiot auch und Donna Haraway allemal: Wir brauchen gute Nachrichten, und eine gute Geschichte, die

1 Scheub, Ute: #journalistsforfuture, in taz vom 29.4.2019, www.taz.de/!5588084/

2 Monbiot, Georg (2017): Out of the wreckage, Despair is the state we fall into when our imagination fails.

3 S. 5.

4 S. 19.

5 S. 182 f.

6 Ute Scheub ist mit ihrem Appell keineswegs allein. Unter den Schlagworten solution oriented journalism oder constructive journalism diskutieren Medienschaffende auf der ganzen Welt, wie die Medien angemessen mit den globalen Krisen umgehen sollten, ohne zu Zynismus und Resignation zu verleiten. Zum Beispiel hier: gruener-journalismus.de; www.solutionsjournalism.org; www.netzwerk-weitblick.org.

diese einzelnen guten Nachrichten zu einer sinnstiftenden Erzählung zusammenfügt, die uns sagt, wo es lang gehen könnte in eine weniger riskante Welt mit mehr Vielfalt und Resilienz.

Während meiner Recherche zum Buch „Das Sterben der anderen“ habe ich einige gute Nachrichten zusammengetragen: Die erste: Es ist möglich, die biologische Vielfalt zu retten, weil wir wissen, was wir tun müssen. Es gibt Hunderte von Erfolgsgeschichten sowohl von Naturschutzflächen als auch in der Landwirtschaft. Ob in der Huppenheide bei Münster oder auf dem Kalkmagerrasen bei Ottbergen, drei Hügelketten hinter meinem Heimatdorf: Überall in Deutschland gibt es Refugien der Vielfalt und Naturschutzverbände, Landschaftsstationen, Stiftungen und andere Organisationen, die diese Refugien schützen und pflegen. Überall in Deutschland gibt es landwirtschaftliche Betriebe, die sich für Vielfalt auf ihren Flächen einsetzen. Außerdem gibt es Dutzende von Projekten, die versuchen, auch auf ganz gewöhnlichen Betrieben mehr Biodiversität zu etablieren, etwa das F.R.A.N.Z.-Projekt des Deutschen Bauernverbands, das *Summende Rheinland* der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft, das Wildschutzprogramm des rheinland-pfälzischen Landesjagdverbandes.⁷

Diese Erfahrungen zeigen: Biodiversität ist auch auf Flächen möglich, auf denen Lebensmittel produziert werden.

Folgten alle ihrem Beispiel, hätten wir sicherlich nicht genug Lebensmittel, um weiterhin ein Drittel davon auf den Müll zu werfen, aber wir hätten genug, um gesund satt zu werden.

Die zweite gute Nachricht: Es gibt einen großen Konsens unter Wissenschaftler*innen und Naturschützer*innen darüber, welche Regelungen es bräuchte, um Biodiversität nicht nur an einzelnen Orten, sondern überall zu bewahren. Das gemeinsame Gutachten zum flächenwirksamen Insektenschutz, verfasst vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) und vom Wissenschaftlichen Beirat für Biodiversität und Genetische Ressourcen (WBBGR) sei nur als ein prominentes Beispiel genannt. Der Sachverständigenrat berät die Bundesregierung, der Beirat das Bundeslandwirtschaftsministerium, beides sind Gremien mit Gewicht.⁸ Die wichtigsten Forderungen der beiden Räte: Wir müssen die Agrarförderung an ökologischen Belangen ausrichten. Wir müssen vielfältige Landschaftsstrukturen fördern. Wir brauchen weniger Pflanzenschutzmittel und Nährstoffeinträge. Wir müssen die bestehenden Schutzgebiete stärken, die künstliche Beleuchtung verringern und den Flächenverbrauch reduzieren.

Die Umweltjuristin Roda Verheyen, die Greenpeace und drei vom Klimawandel besonders betroffene Familien bei ihrer Klage gegen die Bundesregierung vertritt, hält verbindliche Grenzen für den Flächenverbrauch für einen der wichtigsten Hebel im Kampf gegen den Verlust der biologischen Vielfalt. Einige Bundesländer haben sich das Ziel gesetzt, in Zukunft weniger Flächen zu bebauen und zu versiegeln, aber eben nicht in einem verbindlichen Gesetz, gegen das Naturschützer*innen bei Verstößen klagen könnten.

Der Heuschreckenforscher Thomas Fartmann von der Universität Osnabrück hat einen Vorschlag.

Er schlägt vor, jedem Berufsschäfer pauschal 50.000 Euro pro Jahr auszuzahlen, weil seine Arbeit so unersetzlich wertvoll für die biologische Vielfalt ist. „Es gibt kaum jemanden mit einem so geringen ökologischen Fußabdruck wie die Berufsschäfer, und was sie für die Gesellschaft leisten, ist phänomenal.“ Könnten die Schäfer mit ihrer Arbeit Geld verdienen, gäbe es vielleicht wieder genug von ihnen, um die Magerrasen auf der Schwäbischen Alp zu beweiden, von denen heute viele verbuscht sind - es wäre eine Überlebenschance für den fast verschwundenen Apollofalter.



© Tanja Busse

Landwirtschaftliche Fläche im Kreis Höxter

Ich würde diese Pauschale gerne auch an Milchviehbetriebe verteilen, die ihre Kühe auf die Weide schicken. Die finanzielle Situation von Schäfern und Milchbauern ist so prekär, dass viele kaum von ihrer Arbeit leben können. Sobald die Wölfe in ihre Gegend ziehen, müssen sie außerdem noch in teure Schutzmaßnahmen investieren.

Eine andere Fördermittelverteilung könnte diese Betriebe vor dem Aufgeben retten - und damit wertvolle Lebensräume bewahren.

Die dritte gute Nachricht wäre: Es gäbe sogar Geld, um einen großen Teil davon zu finanzieren, im Agrarbudget der Europäischen Union nämlich. In den aktuellen Verhandlungen über die Reform der europäischen Agrarpolitik ist es leider nicht oder viel zu wenig gelungen, all diese Vorschläge zu berücksichtigen.

Immerhin, und das wäre meine vierte gute Nachricht: Die politischen Instrumente, die wir zur Umsetzung dieser Forderungen bräuchten, sind längst bekannt. Es gibt sehr viele gute Vorschläge, mit welchen Steuerungsinstrumenten Biodiversität und Nachhaltigkeit überhaupt flächendeckend über die guten einzelnen Projekte hinaus gestärkt werden können. Das erste und wichtigste wäre eine grundsätzliche Biodiversitätsprüfung für alle neuen Gesetze, Verordnungen, Durchführungsbestimmungen und für sämtliche staatlichen Subventionen und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen. Es ist offensichtlich, dass Gesellschaften dauerhaft nur in einer stabilen Umwelt überleben können. Und es ist ebenso offensichtlich, dass unser politisches System diesem langfristigen Überlebensziel bis jetzt nicht genug Rechnung trägt. Eine verbindliche Biodiversitäts- oder Nachhaltigkeitsprüfung würde deshalb besser gewichtet, was systemrelevant und überlebenswichtig ist und was nicht. Alles, was als *too important to fail* eingestuft würde, müsste dann politischen Vorrang haben und dürfte nicht gefährdet werden. Wenn wir die planetaren Grenzen nicht noch weiter überschreiten wollen, muss die Umwelt- und Ressourcenpolitik künftig den Rahmen für alle anderen Ressorts festlegen.

7 www.natur-erleben-nrw.de/natura-2000/regionen-und-gebiete-in-nrw/details/kalkmagerrasen-bei-ottbergen, www.bundewischen.de, www.uria.de (Über die Uria-Herde hat Arte am 12.3.2019 eine Dokumentation gesendet: „Ziemlich wilde Rinder“), www.franz-projekt.de, www.rheinische-kulturlandschaft.de/themen-projekte/kulturlandschaft-erhalten-und-foerdern/summendes-rheinland-landwirte-fuer-ackervielfalt/, <https://ljb-rlp.de/projekte/wildschutzprogramm-feld-wiese/>
Der Anbauverband Bioland hat eigene Biodiversitätsberater für Landwirte eingestellt: www.bioland.de/infos-fuer-erzeuger/fachberatung/fachberatung-naturschutz.html

8 SRU und WBBGR: Für einen flächenwirksamen Insektenschutz. Stellungnahme, Oktober 2018. (https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2018_10_AS_Insektenschutz.pdf?__blob=publicationFile&v=19)



© Tanja Busse
Verlassene Streuobstwiese im Kreis Höxter

Die planetaren Grenzen müssen der Maßstab für alle zukünftige Politik sein.

Eine Pressemitteilung des Deutschen Bauernverbands zur Biodiversität hat gezeigt, dass dieser simple Gedanke lange noch nicht überall angekommen ist. Im Juni 2019 – also zwei Jahre nach dem Erscheinen der Krefelder Studie zum Insektensterben und wenige Wochen nach der Europawahl, die so deutlich gemacht hat, dass viele Wähler*innen verstanden haben, dass es ernst ist mit der ökologischen Krise - in diesem Juni des Aufbruchs und der Ungeduld also hat der Vizepräsident des Bauernverbands Wolfgang Vogel gesagt: „Bei allem Wunsch der Gesellschaft nach Veränderung darf die deutsche Landwirtschaft nicht in ihrer Wettbewerbsfähigkeit geschwächt werden - sonst ist der Ackerbau-Standort Deutschland in Gefahr.“⁹ Vogel stellt allen Ernstes die Wettbewerbsfähigkeit des alles andere als nachhaltigen Ackerbaus in Deutschland über die biologische Vielfalt? Will er nicht verstehen, was ihm Wissenschaftler*innen und engagierte Bürger*innen sagen? Es geht nicht um Biodiversität als Bonbon für eine verzogene Gesellschaft mit Extrawünschen, sondern um Biodiversität als Überlebensbedingung. Wie kann es sein, dass das in der Chefetage des Bauernverbands nicht angekommen ist, wo doch die Praktiker auf den Feldern und Wiesen längst begonnen haben, nach Alternativen zu suchen? Wettbewerbsfähigkeit heißt nichts anderes als Konkurrenzfähigkeit mit den Erzeuger*innen, die zu den allerniedrigsten Standards arbeiten, also mit Landwirt*innen in den Ländern, in denen katastrophale Umweltfrevel geduldet werden wie den USA, Brasilien oder Indonesien.

Biodiversität und globale Wettbewerbsfähigkeit um die billigsten Rohstoffe gehen nicht zusammen, ebenso wenig wie Klimaschutz und Kohleverbrennen.

Und genau um solche grundsätzlichen Dinge klarzustellen, bräuchten wir eine Biodiversitäts- oder Nachhaltigkeitsprüfung für alle anstehenden politischen Entscheidungen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat 2016 eine solche Prüfung eingeführt. Seitdem müssen alle neuen Gesetze in NRW auf ihre Vereinbarkeit mit der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes überprüft werden.¹⁰ Das ist ein guter Anfang, um zu zeigen, dass Nachhaltigkeit kein grünes Wohlfühlthema ist, sondern existenzielle Bedingung für alle weitere Politik. Doch um die Biodiversität, und das Klima natürlich auch, wirklich zu schützen, müsste die Nachhaltigkeitsprüfung um zwei wichtige Dinge ergänzt werden: Sie darf nicht nur für Gesetze gelten, sondern auch für alle anderen Regelungen wie Erlasse, Richtlinien, Verordnungen und auch für die Förderpolitik. Und zweitens muss ein unabhängiges Gremium mit wissenschaftlicher Expertise die Entscheidungen treffen. Wie auch immer das im Einzelnen ausgestaltet würde: Das Entscheidende ist, dass alle gesetzlichen Regelungen auf ihre Wirkungen für Umwelt, Klima und Biodiversität bewertet werden, dass also überlebenswichtige Ziele endlich Vorrang vor anderen politischen Interessen bekommen.

Die Wirtschaftlichkeit von etwas, das unsere Lebensgrundlagen zerstört, darf nicht länger als gleichwertig oder sogar als wichtiger gegenüber den Belangen der Biodiversität, des Klima- und Ressourcenschutzes gewertet werden. Jeder Politiker und Funktionär, der so argumentiert, zeigt, dass er keine Empathie für das Sterben der anderen empfindet und dass er das zukünftige Überleben der eigenen Art nicht wertschätzt.

Es gibt weitere Steuerungsinstrumente, die helfen würden, Biodiversität besser zu schützen, die bislang einfach nicht angewendet wurden.

Etwa eine Abgabe auf Pflanzenschutzmittel nach dem Vorbild von Frankreich, Dänemark und Schweden, um Hersteller, Händler und Anwender an den ökologischen und gesundheitlichen Folgekosten zu beteiligen.¹¹ Oder für Arzneimittel, um die Hersteller an den Kosten von Maßnahmen zur Reduktion der Konzentration von Mikroschadstoffen in Gewässern zu beteiligen.¹² Es gibt viele solcher plausibler Vorschläge von verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen, sodass man sich leicht verzweifelt fragt: Warum haben wir all das nicht längst? Da setzen sich Teams aus der Toxikologie, Biologie, Ökonomie, Rechts- und Politikwissenschaft zusammen und empfehlen die schlichte Anwendung des Verursacherprinzips und eine vorausschauende Flächenplanung und - nichts passiert.

Doch jenseits der schwerfälligen politischen Änderungen gibt es noch etwas, was Hoffnung macht.

Bei meinen Recherchen habe ich immer wieder erlebt, wie leicht sich Kinder für die Natur begeistern lassen - wenn sie denn einmal wirklich Natur mit Biodiversität zu sehen bekommen. Mein Sohn hat mich auf einer Exkursion begleitet und mit Neugierde und Entdeckungslust und Jagdeifer nach Schmetterlingen, Fröschen und Libellen gesucht und seine Begeisterung hat angehalten. Dabei habe ich erst verstanden, dass nur sehr wenige Kinder in ihrem Alltag überhaupt die Chance haben, eine solche vielfältige Natur zu erleben. Es gibt sie beinahe nur noch in Schutzgebieten. Kinder müssen diese Vielfalt aber kennenlernen, damit sie überhaupt verstehen, was geschützt werden muss und warum.

Dr. Tanja Busse ist Moderatorin und Autorin und im Beirat der Agrar Koordination aktiv.

Das Sterben der anderen: Wie wir die biologische Vielfalt noch retten können, 2019, Blessing Verlag

9 Pressemitteilung des Deutschen Bauernverbands vom 7.6.2019, Ackerbautagung in Berlin.

10 www.nachhaltigkeit.nrw.de/fileadmin/download/Nachhaltigkeitspruefung/Leitfaden_Nachhaltigkeitspruefung_ext.pdf SRU und WBBGR: Für einen flächenwirksamen Insektenschutz. Stellungnahme, Oktober 2018.

(https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2018_10_AS_Insektenschutz.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

11 Helmholtz Zentrum für Umweltforschung GmbH. Einführung einer Abgabe auf Pflanzenschutzmittel in Deutschland: www.ufz.de/index.php?de=36458, www.ufz.de/export/data/global/86986_Zusammenfassung_Gutachten.pdf

12 Arzneimittelabgabe: <https://www.ufz.de/index.php?de=42394>, <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/anznimmittelabgabe-inpflichtnahme-des-arz>

Du bist hier der Chef

Verbraucher*innen wählen, was Ihnen bei der Produktion wichtig ist und wieviel es ihnen wert ist, dass Kühe Weidegang haben, Bäuerinnen und Bauern ein gutes Einkommen haben, die Umwelt geschützt wird und bestimmen so den Preis. Das gibt es nicht? Doch! Die Franzosen haben es vorgemacht mit den Produkten von „Qui est le Patron?“ Und nun gibt es das Pendant auch in Deutschland, wenn auch erst einmal vorwiegend in Hessen. Doch die Liste der Händler*innen wächst.

Bei „Du bist hier der Chef!“ werden Kriterien für Herstellung, Entlohnung und Qualität von den Käufer*innen bestimmt. Als erstes Produkt gibt es bei REWE, tegut und Alnatura in Hessen Milch zum Preis von 1,45 €, die von der Upländer Molkerei geliefert und sehr gut angenommen wird.

Von diesen 1,45 € bekommen die Landwirt*innen 0,58 €, also sehr viel mehr als üblich und haben damit ein faires Einkommen, 0,70 € bekommt die Molkerei, 0,07 € geht an „Du bist hier der Chef“ und 0,10 € sind Mehrwertsteuer. Die Milch ist biologisch und die Kühe dürfen 4 Monate auf die Weide.

Diese Verbraucher*inneninitiative wurde 2019 von Nicolas Bartholome in Etville gegründet. Bei dem Verein kann jeder für 1,00 € Mitglied werden. Werbung gibt es nur über social media und Mundpropaganda.

Das geht so gut, dass neue Landwirt*innen und Händler*innen gesucht werden. Es sollen demnächst auch Eier, Butter und Kartoffeln nach diesem Ansatz verkauft werden. In Frankreich gibt es mittlerweile 30 Produkte zu kaufen.

Unter <https://dubisthierderchef.de/> kann jetzt über die Produktionsbedingungen und Preise für die Eier abgestimmt werden! Auch darüber, welches Produkt als nächstes folgen soll z.B. Apfelsaft oder Creme fraiche. Auf der Seite finden sich die Märkte, wo die Produkte zurzeit zu finden sind.

Diese Initiative zeigt, dass Verbraucher*innen sehr wohl bereit sind, mehr Geld für Lebensmittel auszugeben, nämlich wenn sie wissen warum und wenn Transparenz herrscht. Weiter so!
Ursula Gröhn-Wittern

Neue Publikation der Agrar Koordination



In Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern und Autor*innen haben wir ein neues Fachdossier zum Thema „Freier Zugang zu Saatgut - Vielfalt für nachhaltige Landwirtschafts- und Ernährungssysteme“ erarbeitet.

Saatgut ist die Grundlage unserer Ernährung. Und wer die Kontrolle darüber hat, beherrscht die Nahrungsmittelkette. Heute sind es wenige Konzerne, die den globalen Saatgutmarkt dominieren und die Sortenvielfalt der Nutzpflanzen stark begrenzen. Doch es ist die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die unsere wachsende Weltbevölkerung auch künftig ernähren wird. In neun interessanten Beiträgen werden zentrale Probleme und divergierende Interessen im Saatgutbereich thematisiert und unterschiedliche Perspektiven und Handlungsansätze in den Blick genommen, die die Rechte von Bäuerinnen und Bauern weltweit anerkennen, stärken und langfristig sichern.

Mit der Herausgabe des entwicklungspolitischen Magazins „welt-sichten“ im Dezember 2020 ist das Dossier auf unserer Webseite zum Download verfügbar. Druckausgaben können bestellt werden unter: bestellung@agrarkoordination.de

Liebe Leser, liebe Leserinnen,

dass die Klima- und Umweltzerstörung die Ausbreitung und Intensität von Pandemien begünstigen kann, ist mittlerweile weit über die Wissenschaft hinaus bekannt. Zudem werden in der Medienberichterstattung und auch im politischen Kontext immer wieder Vergleiche und Analogien zwischen der Corona- und der Klimakrise gezogen. Doch das Virus verdrängt die Debatte um das Thema Klimaschutz zusehends.

Ende Oktober hat das Europäische Parlament über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum 2023-2027 abgestimmt. Eine Enttäuschung für Klima, Artenvielfalt und Tierwohl, denn die dringend notwendige Agrarwende wird um weitere sieben Jahre aufgeschoben. Auch sind die Beschlüsse zu Umweltauflagen unzureichend. Sogenannte Eco-Schemes sollen ein Angebot von Maßnahmen zum Umweltschutz darstellen und die GAP in der Förderperiode ab 2023 grüner machen. Der Begriff wirkt missverständlich, da diese Öko-Regelungen nichts mit dem Ökolandbau zu tun haben. Es sind lediglich Umweltauflagen, die über die Pflichtanforderungen hinausgehen. Für die Landwirt*innen soll eine Beteiligung an den Eco-Schemes freiwillig sein, jedes EU-Land dürfe die Ausgestaltung der Umweltauflagen selbst festlegen. Das Europaparlament entschied, dass 30 Prozent der Direktzahlungen für die neuen Öko-Regelungen reserviert werden. Der EU-Agrarministerrat hatte sich auf 20 Prozent Eco-Schemes geeinigt. Trilog-Gespräche zwischen Rat, Parlament und Kommission für die ausstehenden

Verhandlungen sind für Mitte November vorgesehen.

Es ist absehbar, dass die europäische Landwirtschaft mit diesen unzureichenden Vereinbarungen nicht zum Erreichen der Pariser Klimaziele beitragen wird. Apropos Pariser Klimaziele. Parallel zur dramatischen US-Präsidentschaftswahl ist der vom ehemaligen Präsident Donald Trump im Juni 2017 beschlossene Austritt der Vereinigten Staaten aus dem Pariser Klimaschutzabkommen am 4. November 2020 in Kraft getreten. Mit diesem Schritt hat das Abkommen den zweitgrößten Emittenten der Welt und relevanten Partner für den globalen Klimaschutz verloren. Mit dem Wahlsieg von Joe Biden wächst die Hoffnung, dass die USA dem Abkommen wieder beitreten.

Trotz oder gerade wegen dieser Ernüchterungen beim Klima- und Umweltschutz setzen wir uns als Agrar Koordination auch künftig für eine ambitioniertere und nachhaltige Agrarpolitik ein. Wir freuen uns darauf, mit unserem neuen Projekt „Gesundheit von Mensch und Planet – anders essen und produzieren“ ab Januar 2021 globale Zusammenhänge zwischen der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt aufzuzeigen, Forderungen an politische Entscheidungsträger*innen zu richten und uns weiterhin in Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu engagieren, eine umweltverträgliche Landwirtschaft und klimagerechte Ernährung zu fördern.

Herzliche Grüße

Jana Zotschew

IMPRESSUM

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Jana Zotschew, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank, IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635

Druck: RESET ST. PAULI Druckerei, 100 % Recyclingpapier

Ab Januar 2021 gelten für das Abo des Agrar Info folgende Preise:
Printausgabe: 14,80 € / Jahr • Mailausgabe: 10,80 € / Jahr

Wenn Sie von der Print- zur Mailausgabe wechseln möchten, schicken Sie uns eine Mail an: bestellung@agrarkoordination.de

Diese Publikation wird unterstützt von:

Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes



MISEREOR
• IHR HILFSWERK